

## Fragenkatalog zur Vernehmlassungsvorlage

"Bundesbeschluss über das Programm zur Beseitigung von Engpässen im Nationalstrassennetz und über die Freigabe der Mittel"

### 1. Sind Sie mit den Grundzügen der Vorlage einverstanden?

Als direkt betroffener Kanton sind wir von der Wichtigkeit und Dringlichkeit der Engpassbeseitigung überzeugt. Die Nationalstrassen sind das Rückgrat der strassenseitigen Verkehrserschliessung und damit ein wichtiger Pfeiler der Schweizerischen Volkswirtschaft. Die Auswirkungen verstopfter Nationalstrassen auf unser Kantonsstrassennetz sind nicht länger tolerierbar. Wir unterstützen daher die hohe Priorität für den Ausbau der Strecken Härkingen–Wiggertal sowie – insbesondere im Hinblick auf die lange Vorlaufzeit eines solchen Projektes – auch von Luterbach–Härkingen.

### 2. Stimmen Sie dem vorgeschlagenen Inhalt des Bundesbeschlusses "Bundesbeschluss über das Programm zur Beseitigung von Engpässen im Nationalstrassennetz und über die Freigabe der Mittel" zu?

Wir stimmen dem Bundesbeschluss und dem freizugebenden Kredit zu.

### 3. Wie beurteilen Sie die Option, die beiden gravierenden Engpässe im Raum Lausanne (Umfahrung Morges / Lausanne) und im Raum Zürich (Glattal) durch den Bau neuer Netzelemente zu beseitigen?

Wir gehen davon aus, dass diese beiden Engpässe sehr genau untersucht wurden und keine Alternativen zum Bau neuer Netzelemente bestehen. Da beide Teilstrecken jedoch relativ weit weg vom Kanton Solothurn liegen, ist uns eine fundierte Stellungnahme nicht möglich.

### 4. Können Sie einer teilweisen Anpassung des Mineralölsteuerzuschlags auf Treibstoffen an die Teuerung auf der Ausgabenseite zustimmen

Wir sehen ein, dass die Deckung der teuerungsbedingten Mehraufwendungen für den Ausbau, Betrieb und Unterhalt der Nationalstrassen nur durch Mehreinnahmen der SFSV sichergestellt werden kann. Es dürfte keinesfalls passieren, dass bei einem finanziellen Engpass die Beiträge an die Kantone gekürzt werden. Wir unterstützen daher die Anpassung des Mineralölsteuerzuschlags auf die Treibstoffe – auch im Hinblick auf Netzergänzungen zur Behebung von gravierenden Engpässen auf dem Nationalstrassennetz. Wir weisen in diesen Punkten auf die ausführliche Darstellung in der Vernehmlassung der BPUK.

### 5. Wie beurteilen Sie die drei dargestellten Optionen für die allfällige Aufnahme der knapp 400 Kilometer bestehender Strassen ins Nationalstrassennetz? Insbesondere: Wie beurteilen Sie die damit möglicherweise verbundene Erhöhung des Mineralölsteuerzuschlags um rund 3 Rappen pro Liter?

Bei dieser Frage ist der Kanton Solothurn nicht direkt betroffen. Wir können uns aber trotzdem der Option „teilweise Kompensation“ anschliessen, die wir als vernünftigen Kompromiss erachten. Damit wird die

Übernahme der Strassen durch den Bund für die Kantone kostenneutral. Strikte abgelehnt wird jedoch eine vollständige Kompensation durch die Kantone, wie wir dies bereits in der Vernehmlassung zum Netzabschluss klar ausgedrückt haben. Daher ist eine Erhöhung des Mineralölsteuerzuschlags um 3 Rappen pro Liter unabdingbar.

**6. Welche Aufgaben der Spezialfinanzierung Strassenverkehr sind für Sie prioritär, falls nicht alle zur Diskussion gestellten Mehraufwendungen finanziert werden können?**

Sicher steht der bauliche und betriebliche Unterhalt sowie der Ausbau des bestehenden Netzes im Vordergrund. Sollten die Mittel nicht ausreichen, müsste auf Netzergänzungen und Aufklassierung bestehender Strassen verzichtet werden, da auch diese Projekte zusätzliche betriebliche Mittel erfordern.

Nicht verzichtet werden sollte auf die Weiterführung von Beiträgen an Eisenbahnprojekte, um auch auf dem Schienennetz Netzengpässe verhindern zu können.

**7. Welche weiteren Bemerkungen haben Sie zur Vernehmlassungsvorlage?**

Eine hohe Priorität hat für den Kanton Solothurn das Angebot von Parkierungsmöglichkeiten für Lastwagen auf den Hauptachsen des Nationalstrassennetzes. Es darf nicht sein, dass bei überfüllten Raststätten ausserhalb der Nationalstrassen Warteräume gesucht werden und das Kantons- und Gemeindestrassennetz mit parkierten Lastwagen überflutet wird. Hier muss der Bund mit Sofortmassnahmen Abhilfe schaffen.

Solothurn, 31. März 2009